

19. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 17.09.2015

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Lothar Kipp		
Gremiumsmitglieder: Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Gisela Fischer Sabine Fister Simone Guist Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Klaus Läßing Johannes Mecke Edith Michal Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Jutta Schödl Philipp Schwarz Franz Solfrank Manfred Unterstein Thomas Weingärtner		
	Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Marianne Rader	

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats zur ersten Sitzung nach der Sommerpause, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen die Gemeinderatsmitglieder Frau Rader, Herr Ebert sowie Herr Dr. Ernstberger. Der Erste Bürgermeister gratuliert den Gemeinderatsmitgliedern Frau Fister und Herrn Ebert nachträglich ganz herzlich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende um 19:35 Uhr die Sitzung.

Zu Beginn der Sitzung gibt der Vorsitzende bekannt, dass Seitens der Gemeinde Unterföhring mit Schreiben vom 07.09.2015 der Landrat um Mitteilung des aktuellen Sachstandes hinsichtlich geplanter Unterbringung von Asylbewerbern in Unterföhring gebeten wurde. Zum einen hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Fa. HWZ an der Bauhofstraße (Planungsstand) und zum anderen hinsichtlich der geplanten Traglufthalle an der Ottostraße.

Weiter berichtet der Vorsitzende, dass bei der auf zehn Jahre befristeten Asylbewerberunterkunft an der Bauhofstraße -für bis zu 175 Asylbewerber- zwischen dem Landratsamt und dem Bauherrn HWZ alles vorabgestimmt ist. Der Bauantrag wird der Gemeinde bis zur nächsten Sitzung des Bau-Verkehrs- und Grundstücksausschusses am 29.09.2015 vorliegen und darin behandelt. Das bedeutet, dass das Vorhaben innerhalb der nächsten Monate begonnen werden kann. Vonseiten der Gemeinde – abgesehen vom Bauantrag – besteht zunächst kein Handlungsbedarf

Hinsichtlich der temporären Traglufthalle an der Ecke Ottostraße und Mitterfeldallee -für bis zu 300 Flüchtlinge- wird berichtet, dass sich die Gemeinde Unterföhring verpflichtet hat, die Kosten für den Anschluss Kanal und für das WLAN zu übernehmen. Frischwasser und Strom werden in enger Zusammenarbeit mit den eigentlich Zuständigen organisiert: Stadtwerke München und Landratsamt. Weil die derzeit überlastet sind, hilft die Gemeinde hier aus. Die Halle wird nach aktuellem Stand nun voraussichtlich erst Ende November bezugsfertig sein. Diese Information wurde bei einem kurzfristigen Ortstermin an der Ottostraße am heutigen Sitzungstag bekannt. Grund der zeitlichen Verzögerung sind Lieferengpässe bei den Ausstattungscontainern. Es gibt einen Lageplan und die (Bau-)Maßnahmen zur Errichtung der Traglufthalle haben begonnen. Wenn die ersten Flüchtlinge hier sind, werden Sie Seitens der Gemeinde begrüßt. Wie, wird noch geplant, unbedingt aber in engster Abstimmung mit dem Asylhelferkreis und den Vereinen.

Am Dienstag, 15. September 2015, war ein Informations- und Abstimmungsgespräch zwischen Vertretern der Gemeinde und Vertretern von „Gemeinsam für Flüchtlinge – Helferkreis Unterföhring“ angesetzt, in welchem der aktuelle Sachstand und die weitere Vorgehensweise hinsichtlich

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zahlreicher Einzelpunkte zum Thema „Asyl in Unterföhring“ angesprochen wurden. Dieses Abstimmungsgespräch soll künftig regelmäßig stattfinden, damit die zum Teil wirklich sehr guten Anregungen und Wünsche des Helferkreises für eine zielgerichtete Umsetzung in eine bedarfs- und sachgerechte Zeitschiene eingeordnet werden können.

Der Bürgermeister berichtet, dass er weiterhin in direktem Kontakt mit dem Landrat hinsichtlich der Asylthematik steht. Die aktuellen Themenstellungen sind alle „eingenordet“.

258 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 30.07.2015, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

259 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wird heute kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 0241
Hauptamt

260 22 **Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN; Klimaschutzmanager der Gemeinde Unterföhring**

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, vertreten durch Herrn Johannes Mecke, stellt mit Schreiben vom 23.06.2015 (eingegangen 25.06.2015) einen Antrag zur Thematik Klimaschutzmanager der Gemeinde Unterföhring.

(Anmerkung: Herrn Mecke wurde die Behandlung des Antrages nach der Sommerpause mitgeteilt)

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stelle zum Klimaschutzmanager wird erneut ausgeschrieben, und zwar als $\frac{3}{4}$ Stelle. Der Klimaschutzmanager wird dem Umweltamt zugeschlagen.
2. Der Klimaschutzmanager wird nur für Aufgaben des Klimaschutzes herangezogen.
3. Für die, dem Klimaschutzmanager zugeordneten Aufgaben im Bauamt (Herr Kammermeier) wird eine separate $\frac{3}{4}$ Stelle ausgeschrieben. Diese Stelle wird der Bauabteilung zugeschlagen.
4. Der Beschluss, diese Aufgaben (Klimaschutz, Baurecht) gemeinsam für eine Person auszuschreiben, wird aufgehoben.
5. Die Entgeltgruppe wird wie bisher beibehalten, und soll für beide Stellen gelten.
6. Entsprechende Haushaltsmittel und die Ergänzung des Stellenplanes sind zeitnah vorzusehen.

BEGRÜNDUNG:

Die Aufgaben des Klimaschutzmanagers sind zu bedeutend und umfangreich, als dass diese noch mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich des Baurechts, bzw. der Bauverwaltung überlagert werden dürfen. (sic! „EnergieVision der Gemeinde Unterföhring“)

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die gemeinsame Ausschreibung beider Bereiche nicht ziel führend war.

In beiden Bereichen gleichermaßen qualifizierte Personen zu finden, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Aufgrund der zahlreichen und umfänglichen Bauaufgaben der Gemeinde ist auch eine Verstärkung des Bauamtes dringend geboten.

Des Weiteren versprechen wir uns von der getrennten Ausschreibung mehrere und qualifiziertere Bewerbungen.

Wenn man in Betracht zieht, dass für beide Bereiche ein Hochschulstudium vorausgesetzt wird, so wird ersichtlich, dass mit einer gemeinsamen Ausschreibung die so genannte „Eierlegende Wollmichsau“ gesucht wird; das kann nicht funktionieren. Im Übrigen handelt es sich lediglich um eine Mehrung des Stellenplanes mit einer halben Stelle.

Im Sinne des „Klimaschutzes“ und der „Entlastung“ im Bauamt bitten wir um Zustimmung unseres Antrages.“

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister befragt die Antragsteller (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) ob diese damit einverstanden sind den weitergehenden Beschluss seitens der Verwaltung mit folgendem Beschlusstext zur Abstimmung zu bringen:

In Ergänzung bzw. Anpassung des Antrages vom 23.06.2015 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wird die Stelle zum Klimaschutzmanager als Vollzeitstelle ausgeschrieben. Die künftigen Aufgaben des Klimaschutzmanagers werden um die Aufgaben des Umweltamtes entsprechend ergänzt. Die Eingruppierung bleibt bei E 10 oder vergleichbar eines Beamten.

Weiter wird die bisherige 50%-Stelle im Bauamt/Hochbau auf Grund der erhöhten Aufgaben auf eine Vollzeitstelle aufgestockt. Die Eingruppierung wird mit E9/E10 oder vergleichbar eines Beamten festgesetzt.

Die Haushaltsmittel werden für beide Stellen ab sofort bereits in 2015 zur Verfügung gestellt und sind ab 2016 ff im Stellenplan zu berücksichtigen.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2013, Nr. 886, wird dahingehend aufgehoben.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist mit dem weitergehenden Beschluss seitens der Verwaltung mit o.g. Beschlusstext einverstanden. Daher kommt dieser formulierte Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss: 22 : 0

In Ergänzung bzw. Anpassung des Antrages vom 23.06.2015 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wird die Stelle zum Klimaschutzmanager als Vollzeitstelle ausgeschrieben. Die künftigen Aufgaben des Klimaschutzmanagers werden um die Aufgaben des Umweltamtes entsprechend ergänzt. Die Eingruppierung bleibt bei E 10 oder vergleichbar eines Beamten.

Weiter wird die bisherige 50%-Stelle im Bauamt/Hochbau auf Grund der erhöhten Aufgaben auf eine Vollzeitstelle aufgestockt. Die Eingruppierung wird mit E9/E10 oder vergleichbar eines Beamten festgesetzt.

Die Haushaltsmittel werden für beide Stellen ab sofort bereits in 2015 zur Verfügung gestellt und sind ab 2016 ff im Stellenplan zu berücksichtigen.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 10.01.2013, Nr. 886, wird dahingehend aufgehoben.

AZ 1703
Hauptamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

261 22 **Antrag des Helferkreises Gemeinsam für Flüchtlinge - Helferkreis
Unterföhring zur Schaffung einer Stelle für eine/n geringfügig
Beschäftigte/n**

Der Helferkreis Gemeinsam für Flüchtlinge – Helferkreis Unterföhring (hier vertreten durch Herrn Thomas Weingärtner) stellt mit Schreiben vom 10.07.2015 (eingegangen 13.07.2015) einen Antrag zur Schaffung einer Stelle für eine/n geringfügig Beschäftigte/n.

Das Antragsschreiben wurde den Mitgliedern des Gemeinderates zugestellt.

Der Antrag lautet wie folgt:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Für den Helferkreis Gemeinsam für Flüchtlinge - Helferkreis Unterföhring wird eine Stelle für eine/n geringfügig Beschäftigte(n) geschaffen. Die Mittel hierfür sind entsprechend im Haushalt einzustellen. Eine eventuelle überplanmäßige Ausgabe für das Haushaltsjahr 2015 wird genehmigt bzw. die entsprechende Haushaltsstelle im Nachtragshaushalt angepasst.

Begründung:

Aufgrund der umfangreichen Aufgabenstellung eines Helferkreises für Flüchtlinge ist für die Koordination und Organisation ein dauerhafter Ansprechpartner für alle Beteiligten unabdingbar, um eine zuverlässige und prompte Verteilung von Aufgaben in den vielfältigen Sach- und Themengebieten durchführen zu können. Dies ist mit der Finanzierung einer/eines geringfügig Beschäftigten am besten zu gewährleisten.“

Der Bürgermeister bringt zur Kenntnis, dass z.B. bei einem geringfügigem Beschäftigungsverhältnis von maximal 450,00 €/monatlich ca. 5.400 €/jährlich zzgl. etwaiger Lohnnebenkosten Haushaltsmittel einzuplanen sind.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Schaffung einer Stelle für eine/n geringfügig Beschäftigte(n) zu. Die notwendigen Haushaltsmittel sind bereits anteilig im Jahr 2015 zur Verfügung zu stellen und im Anschluss für die folgenden Jahre einzuplanen.

Die Koordinierung und Besetzung der Stelle erfolgt über die

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindeverwaltung in Abstimmung mit dem Helferkreis (Gemeinsam für Flüchtlinge – Helferkreis Unterföhring).

AZ 164
Hauptamt

262 22 **Antrag der Agenda 21 Unterföhring auf Nachrüstung eines Quecksilberabscheiders in Block 2 des MHKW-Nord und Prüfung von evtl. rechtlichen Schritten sowie deren Erfolgsaussichten**

In der Gemeinderatssitzung vom 30.07.2015 wurde bekannt gegeben, dass der folgende Antrag der Agenda'21 vom 20.07.2015 in der heutigen Sitzung behandelt wird.

„Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Stadtwerke München aufgefordert werden, die Rauchgasanlage des sogenannten Kohleblocks mit einem Quecksilberabscheider nachzurüsten und dass der Stadtrat über diese Forderung in Kenntnis gesetzt wird und dass die Verwaltung prüft, ob ggf. auch rechtliche Schritte möglich sind, sowie deren Erfolgsaussichten.“

Der Antrag wurde den Gemeinderäten mit der Sitzungseinladung zugestellt. Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Weiterbetrieb der Kohleverbrennung im Block 2 des MHKW-Nord (mündlicher Vortrag von Herrn Schwarz in der Gemeinderatssitzung am 18.06.2015) erhielt die Gemeinde am 06.07.2015 ein Schreiben der Stadtwerke München GmbH, in dem die aktuellen Quecksilber-Emissionswerte aus dem Block 2 des MHKW-Nord erläutert wurden. Zitat:

„Wie angekündigt, möchten wir Ihnen auch ergänzende Informationen zu Quecksilber-Emissionen des Blocks 2 nachreichen. Diese werden jährlich durch ein unabhängiges, hierfür speziell zugelassenes Messinstitut ermitteln. Für das Jahr 2014 wurde eine Reingaskonzentration von $1,15 \mu\text{g}/\text{m}^3$ ermittelt. Somit liegen die Emissionen nicht nur weit unter dem derzeit gültigen Grenzwert für Quecksilber von $30 \mu\text{g}/\text{m}^3$, sondern unterschreiten bereits jetzt den ab 2019 für Block 2 gültigen Grenzwert von $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$ deutlich. Zudem liegt Block 2 mit diesem Wert ebenfalls im Bereich des ab 2016 gültigen US-Grenzwerts von $1,4 \mu\text{g}/\text{m}^3$.“

Aufgrund des Agenda-Antrags wurden seitens der Verwaltung folgende Anfragen an die Stadtwerke München gerichtet (Schreiben vom 22.07.2015):

1. Wie konnten die Quecksilber-Emissionen von 2012 bis 2014 so deutlich von $7,75 \mu\text{g}/\text{m}^3$ auf $1,15 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gesenkt werden?
2. Können uns die Stadtwerke München zusichern, dass dieser Wert, der sogar unter dem ab 2016 gültigen US-Grenzwert liegt, auch zukünftig eingehalten wird?
3. Werden die Stadtwerke München Maßnahmen ergreifen, um die Quecksilber-Emission auf unter $1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ zu senken, wie von vielen

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Umweltverbänden gefordert?

Auf die Schreiben der Gemeinde erhielt die Gemeinde am 28.07.2015 folgende Antwort:

*„Die Ursachen für die kontinuierliche Senkung der Quecksilber-Emissionen im Block 2 in den letzten Jahren sind die Optimierung der bestehenden Anlagentechnik zur Rauchgasreinigung sowie die chemische Zusammensetzung der eingesetzten Kohlesorten.
Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Ihnen, obwohl wir ständig bemüht sind, unsere Anlagen noch umweltschonender zu gestalten, nicht die Einhaltung eines für Deutschland rechtlich unverbindlichen Grenzwertes der USA zusichern können.
Unabhängig davon prüfen wir wirtschaftlich vertretbare Möglichkeiten einer weiteren Reduzierung der Quecksilberemissionen des Standorts Nord, werden aber angesichts der Tatsache, dass wir bereits jetzt den erst ab 2019 für uns geltenden Grenzwert sehr deutlich unterschreiten, keine Zielwerte definieren.“*

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Prüfung von rechtlichen Schritten sowie deren Erfolgsaussichten Kosten verursachen werden. Für die erforderliche Rechtsberatung sind Haushaltsmittel derzeit nicht vorhanden.

Beschluss: 22 : 0

Dem Antrag der Agenda 21 Unterföhring vom 14.07.2015 wird zugestimmt. Die Stadtwerke München werden aufgefordert, den Kohleblock des MHKW-Nord mit einem Quecksilberabscheider nachzurüsten um die Emissionen zu senken. Der Stadtrat der Landeshauptstadt München wird über diese Forderung in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig wird die Verwaltung prüfen, ob bei Nichterfüllung der Forderung rechtliche Schritte möglich sind und deren Erfolgsaussichten.

AZ 8641
Bauamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

263 22 **Antrag auf Zuschuss 2015 zur Förderung des Jugend- und
Erwachsenensports für aktive Mitglieder des SV Solidarität Ismaning,
die in Unterföhring wohnen**

Der Erste Bürgermeister verweist auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 14.09.2011, Nr. 666 bis 669. Insbesondere Nr. 668 regelt die Förderung der Vereine. Ein Beschlussauszug und eine Antragskopie sind den Unterlagen beigelegt.

Mit Schreiben vom 11.05.2015, Eingang bei der Gemeinde am 19.05.2015, stellt der SV Solidarität Ismaning einen Antrag zur Förderung des Jugend- und Erwachsenensports für Unterföhringer Mitglieder im Verein.

Gemäß den Förderrichtlinien der Gemeinde Unterföhring, welche im Einklang mit der Gemeinde Ismaning stehen, können für Erwachsene keine pauschalen Förderungen erfolgen. Bei Kindern und Jugendlichen ist eine pauschale Förderung in Höhe von 35 Euro möglich, wenn

- a) es sich um einen Unterföhringer Verein handelt und
- b) der erste Wohnsitz in Unterföhring ist und
- c) keine zeitlich begrenzte Mitgliedschaft besteht.

Eine Förderung auswärtiger Vereine ist somit nicht möglich. Eine einzelne Förderung würde dem Gleichheitsgrundsatz nach für alle auswärtigen Vereine die Möglichkeit zur Bezuschussung eröffnen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat lehnt eine Bezuschussung zur Förderung aktiver Unterföhringer Mitglieder des SV Solidarität Ismaning ab. Gemäß den bestehenden Förderrichtlinien ist keine Möglichkeit einer Zuschussgewährung für auswärtige Vereine gegeben.

AZ 5200
Finanzen

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

264 22 **Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung und eines
Nachtragshaushaltsplans 2015**

Der Bürgermeister verweist auf den GR-Beschluss vom 30.07.15, Nr. 252, mit dem eine Nachtragshaushaltssatzung und ein Nachtragshaushaltsplan 2015 erlassen wurde. Nachträglich wurde in diesem Beschluss folgender Schreibfehler festgestellt:

Der im Beschluss vom 30.07.2015, Nr. 252, im Vermögenshaushalt bei den Einnahmen und Ausgaben aufgeführte Erhöhungsbetrag von 89.402.220 € ist unkorrekt und auf 89.397.220 € zu korrigieren.

Die Satzung und die ausgewiesenen Haushaltsansätze wurden korrekt ausgewiesen und bleiben daher unverändert.

Beschluss: 22 : 0

	erhöht um €	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge gegenüber bisher €		verändert auf nunmehr €
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	112.000.120	78.868.643		190.868.763
die Ausgaben	112.000.120	78.868.643		190.868.763
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	89.397.220	82.125.860		171.523.080
die Ausgaben	89.397.220	82.125.860		171.523.080

Der Erlass der Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird beschlossen.

Der Beschluss vom 30.07.2015, Nr. 252, wird aufgehoben.

AZ 941
Finanzen

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

265 22 **Änderung der bestehenden Satzungen für die Kindertageseinrichtungen in Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Wohnungs- und Sozialausschuss)**

Mit E-Mail vom 09.06.2015 hat die AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. mitgeteilt, dass die bestehenden Satzungen für die Kinderhäuser in Unterföhring angepasst werden sollen.

Folgende Änderungen werden angeregt:

- 1.) Zum einen soll eine neue, bisher nicht formulierte Regelung aufgenommen werden, die den bereits in die Einrichtung gehenden Kindern einen Vorrang für einen einrichtungsinternen Wechsel zwischen den Altersgruppen, d.h. von der Krippe in den Kindergarten, einräumt.

Diese neue Regelung soll als neuer § 3 der Satzung folgende Fassung haben:

§ 3

Platzvergabe beim Wechsel zwischen den Altersgruppen

In Kindertageseinrichtungen mit verschiedenen Altersgruppen (Krippe, Kindergarten, Hort) werden die verfügbaren Plätze vorrangig an die Kinder, die bereits die Kindertageseinrichtung besuchen und einen Altersbereich wechseln müssen, vergeben.

Sind aus der zunächst besuchten Altersgruppe mehr Kinder für die folgende Altersgruppe angemeldet als dort Plätze verfügbar sind, ist die Platzvergabe gemäß § 2 Abs. 4 durchzuführen. Bei gleicher Dringlichkeit entscheidet das Los.

Für Kinder die beim Wechsel nicht berücksichtigt werden können, endet der Besuch spätestens mit der Zugehörigkeit zur Nutzergruppe des bisher besuchten Bereichs.

Die Zugehörigkeit richtet sich nach Art. 2 Abs. 1 BayKiBiG. Für Kindergartenkinder endet die Zugehörigkeit am 31.08. vor dem Schuleintritt, spätestens jedoch am Ende des Kindergartenjahres in dem das Kind das siebte Lebensjahr vollendet hat. Für Krippenkinder endet die Zugehörigkeit spätestens am 31.08. des Krippenjahres in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Empfehlung der Verwaltung:

Die Aufnahme dieser Regelung entspricht der bereits durchgeführten Praxis und ist daher eine sinnvolle Ergänzung.

Zum Wohle und im Interesse der Kinder als auch unter Berücksichtigung bestehender Elternwünsche werden Kinder, die ein Kinderhaus bereits in der Krippe besuchen, auf Wunsch vorrangig bei der Zuteilung freier Kindergartenplätze in derselben Einrichtung behandelt. Damit kann für das jeweilige Kind ein Einrichtungswechsel vermieden werden.

Einzig der letzte Satz des zweiten Absatzes dieser Regelung sollte gestrichen werden. Denn eine Vergabe nach Losentscheid ist unter Beachtung aller Vergabekriterien des § 2 Absatz 4, in dem insbesondere die Wohnsitzdauer als abschließendes Vergabekriterium aufgeführt wird, nicht erforderlich.

- 2.) Zum anderen soll in §2 Abs. 4 der Satzung ein neuer Buchstabe h) eingefügt werden, der die Aufnahme von Geschwisterkindern regelt.

Diese neue Regelung soll folgende Fassung haben:

- h) Unter Berücksichtigung der Punkte a) –g) werden aufgrund der sozialen Integration Geschwisterkinder bevorzugt*

Empfehlung der Verwaltung:

Die Regelung ist in der Sache eine sinnvolle Ergänzung, da dies ebenfalls bereits in der Praxis bei der Zuteilung der Betreuungsplätze (unter Berücksichtigung des Elternwunsches) beachtet wurde.

Jedoch empfiehlt die Verwaltung eine andere, etwas klarer formulierte Fassung:

- h) Unter Berücksichtigung der Punkte a) –g) werden aufgrund der sozialen Integration Kinder, deren Geschwister die Einrichtung ebenfalls besuchen, bevorzugt.*

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

So wäre sichergestellt, dass der Aspekt des Geschwisterkindes auch tatsächlich nur dann zum tragen, wenn ein Geschwisterkind dieselbe Einrichtung zeitgleich mit dem aufnehmenden Kind besucht.

- 3.) Abschließend soll noch eine klarstellende, redaktionelle Änderung in die Satzung aufgenommen werden.

In § 2 Absatz 2 sollen die Worte „ab Vollendung des“ (ersten Lebensjahres) aufgenommen werden.

Empfehlung der Verwaltung:

Dies ist eine Anpassung der bestehenden Formulierung, die klarstellenden Charakter hat. Daher ist diese Änderung sinnvoll.

Der Wohnungs- und Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 23.07.2015 über die vorgelegten Änderungen beraten und empfiehlt dem Gemeinderat Beschluss-Nr. G106, den Empfehlungen der Verwaltung zu folgen und der Satzungsänderung für die Kindertageseinrichtung in Unterföhring zuzustimmen.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Wohnungs- und Sozialausschusses und stimmt dem Antrag der AWO Oberbayern e.V. über die Satzungsänderung für die Kindertageseinrichtungen in Unterföhring mit folgenden Änderungen zu:

Der neue § 3 der Satzung erhält folgende Fassung:

§ 3

Platzvergabe beim Wechsel zwischen den Altersgruppen

In Kindertageseinrichtungen mit verschiedenen Altersgruppen (Krippe,

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kindergarten, Hort) werden die verfügbaren Plätze vorrangig an die Kinder, die bereits die Kindertageseinrichtung besuchen und einen Altersbereich wechseln müssen, vergeben.

Sind aus der zunächst besuchten Altersgruppe mehr Kinder für die folgende Altersgruppe angemeldet als dort Plätze verfügbar sind, ist die Platzvergabe gemäß § 2 Abs. 4 durchzuführen.

Für Kinder die beim Wechsel nicht berücksichtigt werden können, endet der Besuch spätestens mit der Zugehörigkeit zur Nutzergruppe des bisher besuchten Bereichs.

Die Zugehörigkeit richtet sich nach Art. 2 Abs. 1 BayKiBiG. Für Kindergartenkinder endet die Zugehörigkeit am 31.08. vor dem Schuleintritt, spätestens jedoch am Ende des Kindergartenjahres in dem das Kind das siebte Lebensjahr vollendet hat. Für Krippenkinder endet die Zugehörigkeit spätestens am 31.08. des Krippenjahres in dem das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat.

Der neue § 2 Absatz 4 Buchstabe h) erhält folgende Fassung:

- h) Unter Berücksichtigung der Punkte a) –g) werden aufgrund der sozialen Integration Kinder, deren Geschwister die Einrichtung ebenfalls besuchen, bevorzugt.*

Der neue § 2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Aufnahmeberechtigt sind Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres bis zur Erreichung der Schulpflicht.“

Die bestehenden Satzungen werden durch die AWO Oberbayern e.V. abgeändert und sollen zum 01.01.2016 in Kraft treten.

AZ 4231
Hauptamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

266 22 **Gemeindeeigene Wohnanlagen Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade;
Auswertung der Mieterbefragung zum Thema Aufzugsanlage**

Der Bürgermeister bringt die Gemeinderatsbeschlüsse vom 08.11.2012, Nr. 851 und vom 12.09.2013, Nr. G968, sowie den Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 28.01.2014, Nr. 478, in Erinnerung. Ferner wird durch den Bürgermeister auf die Bekanntmachung im Gemeinderat vom 13.02.2014 sowie auf den Gemeinderatsbeschluss vom 10.07.2014, Nr. G52, verwiesen. Des Weiteren verweist der Bürgermeister auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12.03.2015, Nr. 180, und vom 20.05.2015 Nr. 216 bis 220.

Anlässlich des geplanten Anbaus von Aufzügen an den Gebäuden der Fichtenstr. 1 -55 hat die Gemeindeverwaltung über die Hausverwaltung GTG, Ismaning am 08.07.2015 zu einer Mieterversammlung ins Rathaus mit Schreiben vom 26.06.2015 eingeladen. Dabei wurde durch die Verwaltung der Sachverhalt näher erläutert und dargestellt.

Im Anschluss an diese Mieterversammlung wurden an alle 228 Mieter in der Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade mittels eines Briefkasteneinwurfes mit Schreiben vom 09.07.2015 nochmals über die geplante Maßnahme und den damit verbundenen Kosten und Eckdaten für die Mieter informiert.

Gemäß des Gemeinderatsbeschlusses vom 20.05.2015, Nr. 216, wurde den Mieter in dem Schreiben vom 09.07.2015 die Gelegenheit gegeben, in einer gesonderten Rückantwort, ihren Wunsch und Willen kund zu tun, ob eine Aufzugsanlage errichtet werden soll oder nicht.

Der Rücklauf der einzelnen Antwortschreiben wurde in einer abgesperrten „Urne“ bis zum Öffnungstermin am 08.09.2015 durch die Verwaltung aufbewahrt. Zur Öffnung waren der Erste Bürgermeister sowie die weiteren Bürgermeister und alle Fraktionssprecher eingeladen. Die Urne wurde um 17.01 Uhr im Beisein von Herrn Ersten Bürgermeister Kimmelmeyer, den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Klietsch, Herrn Kirnberger und Herrn Prieler sowie Seitens der Verwaltung im Beisein von Frau Wagner, Herrn Limmer sowie Herrn Bauamtsleiter Kapfenberger geöffnet.

Die Auswertung der 164 eingegangenen Rückantworten ergab folgendes Ergebnis:

- ☐ 100 JA-Stimmen

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

□ 64 NEIN-Stimmen

Das entspricht einer Mieterbeteiligung von ca. 71 %.

Am 16.09.2015 wurde Seitens der SPD-Fraktion ein Ergänzungsantrag zu diesem Tagesordnungspunktes gemäß § 22 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat gestellt. Der Antrag wird bekanntgemacht. Seitens der SPD-Fraktion wird beantrag, die Beschlussvorlage um folgenden Text zu ergänzen:

nach „...und stimmt damit der Errichtung von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade zu.“ werden folgende Sätze angefügt:

Die Ausführungsplanungen sind noch im Jahr 2015 zu beginnen, mit dem Ziel der Realisierung der Baumaßnahme in zwei Bauabschnitten in den Jahren 2016 und 2017.

Die Wohnungen im Erdgeschoß der jeweiligen Eingänge werden von dem am 20. Mai 2015 mit Beschluss Nr. G219 vom Gemeinderat festgelegten Zuschlag von 1 % der umlagefähigen Kosten auf die Grundmiete ausgenommen.

Der erste Bürgermeister lässt über den Ergänzungsantrag gesondert entscheiden, dieser wird nunmehr als erstes zur Abstimmung gebracht.

Beschluss: 8 : 14

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 16.09.2015 zum heutigen Tagesordnungspunkt 9 der öffentlichen Sitzung wird zugelassen.

Nachdem der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.09.2015 zum heutigen Tagesordnungspunkt nicht mit aufgenommen wird, lässt der Vorsitzende über den eigentlichen Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: 19 : 3

Aufgrund der Mieterbefragung vom 08.07.2015 und dem Ergebnis der Auswertung vom 08.09.2015, stimmten 100 Mieter für die Einrichtung der Aufzugsanlagen und 64 Mieter dagegen. Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der Mieterbefragung zur Kenntnis und stimmt damit der Errichtung

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage Fichtenstraße 1 bis 55 ungerade entsprechend der gültigen Beschlusslage zu.

AZ 6323
Bauamt

- 267 22 **Wohnanlage an der Sudetenstraße 1 - 3; geplante Nachverdichtung und weitere Vorgehensweise**

Zu Beginn der heutigen nichtöffentlichen Sitzung hat der Gemeinderat die Absetzung und Nichtbehandlung dieses Tagesordnungspunktes beschlossen, der Tagesordnungspunkt wird für die heutige Sitzung abgesetzt.

Der erste Bürgermeister gibt hierzu jedoch im Auftrag des Gremiums für die Öffentlichkeit bekannt, dass die bestehen den Mietwohnungsblöcke in der Sudetenstraße 1 und 3 so bestehen bleiben und lediglich eine Nachverdichtung auf dem freien westlichen Grundstücksbereich vorgesehen ist.

AZ 684
Bauamt

- 268 22 **Verkehrsrechtliche Angelegenheiten; Errichtung von Fußgängerüberwegen in der Föhringer Allee und in der Neubruchstraße (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)**

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und verweist in diesem Zusammenhang auf den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.07.2015, Nr. 201.

Bei der Verkehrsschau am 29.06.2015 wurde die verkehrsrechtliche Situation gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister, Gemeinderäten, der Verwaltung sowie der Polizei Ismaning und der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring zu bestimmten Schwerpunkten begutachtet. Das Protokoll der Verkehrsschau vom 29.06.2015 wurde dem Gremium zugestellt.

Auf Grund des Antrages von Herrn Gemeinderat Thomas Weingärtner und seinen Beobachtungen an der Ecke Föhringer Allee/Straßäckerallee sei ein weiterer Fußgängerweg notwendig. In der Föhringer Allee befindet sich in Höhe des Voglbachlwegs ein Fußgängerüberweg von Nord nach Süd. Ebenso befindet sich in der Straßäckerallee in Höhe des Kinderhauses ein Fußgängerüberweg von Ost nach West sowie auf Höhe des Brunnbachlwegs von Nord nach Süd.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau haben sich einvernehmlich für einen weiteren Fußgängerüberweg in der Föhringer Allee/Ecke Straßäckerallee von Nord nach Süd entschieden. Mit dem weiteren Fußgängerüberweg ist das

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Kinderhaus von der Ostseite der Straßäckerallee als auch von der Südseite der Föhringer Allee sicher zu erreichen.

Des Weiteren wurde durch immer wiederkehrende Beschwerden von Anwohnern der Neubuchstraße vorgetragen, dass ihre Kinder nicht sicher die Neubuchstraße überqueren können, um zum Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogen zu gelangen. Auf Höhe des Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogens befindet sich in der Neubuchstraße eine Querungshilfe von Nord nach Süd. Die vorhandene Straßenbeleuchtung ist nur für die Mitte der Überquerungshilfe ausgelegt.

Durch die Teilnehmer der Verkehrsschau wurde sich einvernehmlich dafür ausgesprochen, einen Zebrastreifen auf beiden Straßenseiten der Überquerungshilfe zu errichten.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015, Nr. 201.

Die Verwaltung wird beauftragt einen weiteren Fußgängerüberweg in der Föhringer Allee/Ecke Straßäckerallee von Nord nach Süd anzuordnen. Mit dem weiteren Fußgängerüberweg ist das Kinderhaus von der Ostseite der Straßäckerallee als auch von der Südseite der Föhringer Allee sicher zu erreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt in der Neubuchstraße bei der Querungshilfe in Höhe des Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogens von Nord nach Süd einen „Zebrastreifen“ auf beiden Straßenseiten der Überquerungshilfe in Auftrag zu geben. Die Straßenbeleuchtung ist in diesem Bereich so anzupassen, dass beide Straßenseiten beleuchtet werden.

AZ 1402
Bauamt

269 22

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten: Einführung von Anwohnerparkausweisen in der Isarau, Föhringer Allee und Lindenstraße (Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss)

Der Erste Bürgermeister erläutert kurz den Sachverhalt und verweist in diesem Zusammenhang auf den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.07.2015, Nr. 204.

Bei der Verkehrsschau am 29.06.2015 wurde die verkehrsrechtliche Situation gemeinsam mit dem Ersten Bürgermeister, Gemeinderäten, der Verwaltung sowie der Polizei Ismaning und der Freiwilligen Feuerwehr Unterföhring zu

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bestimmten Schwerpunkten begutachtet. Das Protokoll der Verkehrsschau wurde dem Gremium zugestellt. Unter Punkt 8 des Protokolls der Verkehrsschau sollte auf Grund des Antrages von Frau Stuckenberg geprüft werden, ob Bewohnerparkausweise in der Isarau eingeführt werden sollen. Dieser Punkt wurde nicht mit abgefahren, die Teilnehmer der Verkehrsschau erklärten, dass die Einführung von Bewohnerparkausweisen im Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss geprüft werden sollen.

Frau Stuckenberg aus der Kanalstraße stellte wegen baulicher Verdichtung und den immer knapper werdenden Parkplätzen einen Antrag auf Einführung von Bewohnerparkausweisen in der Isarau. Gleiche (mündliche) Anfragen liegen für die Föhringer Allee und Lindenstraße vor. Der Bürgermeister bringt in diesem Zusammenhang die Beschlüsse des Gemeinderates 12.07.2007, Nr. 1075, vom 13.03.2008, vom 16.12.2008, Nr. 76-78, und vom 11.11.2010, Nr. 528; 529, in Erinnerung. Durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München wurde 2008 eine Studie zum Parken in der Ortsmitte Unterföhring erarbeitet. Als Untersuchungsgebiet wurde ein Radius von 500 m um den S-Bahnhof, Bahnhofstraße/S-Bahn/Medienallee gewählt (hiervon betroffen waren auch die Föhringer Allee 1-47 und die Lindenstraße). Bei der Untersuchung wurde festgestellt, dass sowohl im öffentlichen Raum als auch auf privaten Flächen ein umfangreiches Angebot an Stellplätzen vorhanden ist. In wenigen Einzelfällen, z.B. bei Bauten älteren Datums (Geschosswohnungsbau der 60er und teilweise 70er Jahre) mit geringeren Anforderungen an den Stellplatznachweis zum Entstehungszeitpunkt, kann es an Kapazitäten auf Privatgrund fehlen.

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 11.11.2010, Nr. 528 wurde in folgenden Straßenzügen Bewohnerparkausweise eingeführt:

Geltungsbereich 1

- Bahnhofstraße (ab Schulstraße bis S-Bahnhof)
- Blumenstraße (ab Johanneskirchner Straße bis Feldstraße)
- Egerlandstraße
- Feldstraße
- Sudetenstraße

Geltungsbereich 2

- Gartenstraße
- Johanneskirchner Straße (ab Bahnhofstraße bis Feldstraße)
- Schulstraße
- Tulpenstraße

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Geltungsbereich 4

- Ringstraße
- Siedlerstraße

Der Geltungsbereich 3 fand keine Mehrheit und wurde abgelehnt.

- Unterföhring Süd, Föhringer Allee, Hofäckerallee, Firkenweg, Dorfangerweg, Gernweg,

Schramlweg, St.-Florian-Straße, St.-Valentin-Weg, Herderweg, St.-Emmeram-Weg, Lohwiesenweg, Gänsbachlweg, Brunnbachlweg, Straßäckerallee, Voglbachlweg.

Nach den Verwaltungsvorschriften der Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) ist die Anordnung von Bewohnerparkausweisen nur dort zulässig, wo mangels privater Stellflächen und auf Grund eines erheblichen allgemeinen Parkdrucks die Bewohner des städtischen Quartiers regelmäßig keine ausreichende Möglichkeit haben, in ortsüblicher (Differenzierung zwischen einer Stadt und einer Gemeinde) fußläufig zumutbaren Entfernung von ihrer Wohnung einen Stellplatz für ihr Kraftfahrzeug zu finden. Nach dem Untersuchungsergebnis des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München aus der Studie von 2008 wird die Notwendigkeit der Einführung von Bewohnerparkzonen nicht erkannt. Die Voraussetzungen liegen allenfalls sehr kleinräumig vor. Eine Einführung von Bewohnerparkausweisen für einzelne Straßenzüge sei kaum vorstellbar, da die StVO die Regelung auf Quartiere und auf Detaillösungen abzielt.

Die Einwohnerzahl für Hauptwohnungen lag 2008 (Stichtag 30.06.2008) bei 8.752 Personen und 2015 (Stichtag 30.06.2015) bei 10.867 Personen. Dies bedeutet einen Zuzug von 2008 bis 2015 von 2.115 Personen. Dies ist vor allem dem neuen Wohngebiet Unterföhring Süd geschuldet.

Beschluss: 21 : 1

Der Gemeinderat folgt dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015, Nr. 204.

Der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form Bewohnerparkausweise, in den Bereichen der Isarau mit den Straßenzügen Isarweg, Isaraustraße, Kanalstraße, Dammstraße und Bergstraße, sowie in der Föhringer Allee ab Johanneskirchner Straße bis Straßäckerallee und der Lindenstraße ab

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Feldstraße bis Birkenstraße eingeführt werden können.

AZ 1402
Bauamt

- 270 21 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Errichtung von Buswartehäuschen;**
(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-Verkehrs- und Grundstücksausschuss)

Der Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015, Nr. 206, für die Errichtung weiterer vier neuer Bushaltestellen mit Buswartehäuschen sowie an den Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 23.06.2015, Nr. 184, für die Errichtung weiterer Buswartehäuschen. Für diese Maßnahme stehen derzeit 155.000,00 € brutto im Haushalt 2015 zur Verfügung.

Aufgrund der aktuellen Submissionsergebnisse vom 25.08.2015 sind die Kostenschätzungen (März 2015) von ca. 10.000,00 € brutto pro Buswartehäuschen nicht ausreichend, da die Angebote bei rund 15.500,00 € brutto je Buswartehäuschen liegen.

Für die Errichtung der 13 Buswartehäuschen werden demnach (13 x 15.500,00 €) ca. 201.500,00 € brutto benötigt. Somit ist eine Erhöhung um 50.000,00 € brutto erforderlich, angelehnt an den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015, Nr. 206.

Die erforderlichen 50.000,00 € brutto konnten nicht mehr in den Nachtragshaushalt 2015 aufgenommen werden.

Beschluss: 21 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.07.2015 und genehmigt statt der Empfehlung von 40.000,00 € brutto die aktuell erforderlichen 50.000,00 € brutto für die Errichtung der Buswartehäuschen. Diese Mittel sind auf den entsprechenden Haushaltsstellen 7911.9620 und 7911.9520 zu je 25.000,00 € brutto einzustellen.

Bei der Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt war das Gemeinderatsmitglied Frau Guist nicht anwesend.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

AZ 2044
Bauamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

271 22 **Widmung einer öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Baugebietes
Unterföhring Süd; Fortsetzung Brunnbachlweg**

Der Erste Bürgermeister bringt die Beschlüsse des Gemeinderates vom 09.12.1999, Nr. 656, und vom 10.04.2008, Nr. 1239, in Erinnerung, mit welchen die Fl.Nrn. 181/74, 181/218 und 181/219 als öffentlich beschränkter Weg gemäß Art. 53 Nr. 2 Bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) „Brunnbachlweg“ gewidmet wurden. Fl.Nr. 181/212 zwischen Straßäckerallee und Münchner Straße, welche im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 70a/05 „Unterföhring Süd, Hofäckerallee“ als öffentliche Verkehrsfläche, Fuß- und Radweg, ausgewiesen ist, ist hiervon nicht erfasst. Das Kinderhaus wurde im Jahr 2011 in Betrieb genommen und dieser Teilabschnitt wurde bis dato noch nicht gewidmet.

Ein Lageplan wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 22 : 0

Gemäß Art. 6 BayStrWG wird folgende öffentliche Fläche mit sofortiger Wirkung zum beschränkt öffentlichen Weg mit Widmungsbeschränkung Fuß- und Radweg“ gewidmet:

Brunnbachlweg (Fl.Nr. 181/212)

Anfang: Einmündung Straßäckerallee, Fl.Nr. 181/221, km 0,269

Ende: Einmündung Geh- und Radweg an der Münchner Straße, Fl.Nr.
166/3, km 0,378

gemäß Plan vom 04.08.2015

Träger der Straßenbaulast ist die Gemeinde Unterföhring

Die vorstehende Widmung ist öffentlich bekannt zu machen und im Straßen- und Wegeverzeichnis einzutragen.

AZ 6311
Bauamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

272 22 **Stromlieferung für gemeindeeigene Objekte, Einrichtungen und die öffentliche Straßenbeleuchtung von 2016 - 2017; Durchführung einer Bündelausschreibung**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderates vom 16.05.2013, Nr. 974 und die Bekanntgabe vom 12.12.2013, Nr. 1080. Der Strombezug aus 100% Ökostrom wurde durch die Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München (Kanzlei BBH) 2013 im Auftrag der Gemeinde Unterföhring ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielten die Gemeindewerke Oberhaching für den Zeitraum von zwei Jahren. Zum 31.12.2015 endet der Vertrag mit den Gemeindewerken Oberhaching, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Somit ist eine erneute EU-weite Ausschreibung der Stromlieferung veranlasst.

Für das Jahr 2014 wurden insgesamt ca.2,9 Mio kWh Strom bezogen, bei einem Preis von 15,005 Cent/kWh = rund 435.000 €/Jahr. Schwerpunkte des Stromverbrauchs in 2014 sind das Bürgerhaus mit einem Verbrauch von 661.093 kWh, die Kläranlage mit 442.891 kWh, das Sportzentrum mit 414.737 kWh, die Straßenbeleuchtung mit 412.205 kWh, das Kinderhaus Straßäckerallee mit 149.681 kWh und die Grundschule mit 137.603 kWh. Für die EU-weite Ausschreibung ab 2016 - 2017 wurde ein vorläufiger Bedarf von 3,0 Mio kWh ermittelt.

Durch die Kanzlei BBH fand am 24.04.2015 eine Informationsveranstaltung zur Bündelausschreibung von Strom aus erneuerbaren Energien zusammen mit anderen Gemeinden aus dem Münchner Umland statt. Das Protokoll der Informationsveranstaltung „Kommunale Strombeschaffung, Bündelausschreibung für den Bezug von Ökostrom“ wird durch den Ersten Bürgermeister bekanntgegeben.

Durch die Ausschreibung des Stroms zur Versorgung der kommunalen Liegenschaften zusammen mit anderen Kommunen soll ein Bieterwettbewerb mit preissenkender Wirkung erzeugt werden. Zudem sollen durch die Bündelung der Nachfrage günstigere Preise erzielt und der Verwaltungsaufwand für die an der Bündelausschreibung teilnehmenden Kommunen bei der Strombeschaffung gesenkt werden.

Die Stromlieferung soll für den Zeitraum vom 01.01.2016 – 31.12.2017 ausgeschrieben werden.

Für den Ausschreibungszeitraum haben sich die Teilnehmer der Informationsveranstaltung ausgesprochen (siehe Anlage). Für einen Ausschreibungszeitraum von zwei Jahren sprechen die rasanten Veränderungen im Bereich „Erneuerbare Energien“ sowie der preisdämpfende Effekt der zukünftig immer mehr entstehenden Erneuerbare-Energien-Anlagen auf den Börsenpreis für Strom (sog. Merit-Order-Effekt). Typischerweise sind Energielieferunternehmen zudem auf Laufzeiten von zwei Jahren ausgerichtet. Bei längeren Laufzeiten besteht ferner eine hinreichende Wahrscheinlichkeit dahingehend, dass die Energielieferunternehmen Preisaufschläge vornehmen, um das Risiko der

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Preisveränderungen auf dem Markt in den kommenden Jahren auf den Stromabnehmer und damit auf die Kommunen zu übertragen (Risikominimierung).

Das Ziel der Ökostromausschreibung ist – im Rahmen der energiewirtschaftlichen Möglichkeiten – einen zusätzlichen Umweltnutzen zu erzeugen bzw. einen Beitrag zur Energiewende zu leisten (sog. qualifizierte Ökostromausschreibung). Gleichzeitig soll die Abgabe von wirksamen Angeboten gewährleistet und die finanziellen Belastungen für die Ausschreibungsteilnehmer kalkulierbar sein. Die Ausschreibung erfolgt daher im Grundsatz nach dem im Leitfaden des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie des Bundesumweltamts zur Beschaffung von Ökostrom enthaltenen Ausschreibungsmodell. Neben dem angebotenen Gesamtpreis wird das Anlagenalter der Stromerzeugungsanlagen sowie die bilanzielle Direktlieferung des Stroms als Zuschlagskriterium berücksichtigt. Um die Ausschreibung insbesondere für kleinere Ökostromanbieter attraktiver zu gestalten und um die Abgabe von wirksamen Angeboten zu gewährleisten, werden die im Leitfaden enthaltenen Vorgaben zweckdienlich angepasst.

Die Kosten für die Bündelausschreibung über die Kanzlei BBH betragen:

- bei fünf bis zehn Teilnehmern zwischen 4.165,00 € - 4.760,00 € brutto,
- bei 11 – 15 Teilnehmer zwischen 3.570,00 € – 4.165,00 € brutto.

Gegenwärtig nehmen zehn Gemeinden und Zweckverbände aus dem Münchner Umfeld (in der Anlage aufgeführt) an der Bündelausschreibung teil. Bei Zustimmung des Gemeinderates würden dann elf Gemeinden an der Bündelausschreibung teilnehmen.

Zur Stromausschreibung in 2013 wurde sich seitens des Gemeinderates für eine Einzelausschreibung entschieden. Grund hierfür war, dass bei der damaligen Bündelausschreibung zum Hauptangebot aus 100% Ökostrom ein Nebenangebot von 100% konventioneller Strom mit ausgeschrieben wurde. Der Zuschlag sollte dann auf das Nebenangebot erfolgen, wenn kein wirksames Hauptangebot abgegeben wird oder das günstigste wirksame Hauptangebot mehr als 35% teuer als das günstigste wirksame Nebenangebot ist. Zur Bündelausschreibung in 2015 wird auf das Nebenangebot verzichtet. Es wird 100% Ökostrom ausgeschrieben.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat spricht sich für eine gemeinsame Bündelausschreibung aus und überträgt die Durchführung der Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München, für den Bezug aus 100% Ökostrom für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2017.

Die Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held, München, wird ermächtigt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot für Ökostrom – entsprechend der einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen und wie in den Ausschreibungsunterlagen vorgegeben – für die Gemeinde Unterföhring zu erteilen.

Nach Abgabe der Angebote müssen diese ausgewertet und über die Annahme des wirtschaftlichsten Angebotes entschieden werden.

Anschließend werden alle Bieter über das Ergebnis informiert. Nach der vom Vergaberecht zwingend vorgeschriebenen Mindestfrist von 10 Tagen kann der Zuschlag erfolgen (sog. Binde- und Zuschlagsfrist). Während des Zeitraums zwischen Angebotsabgabe und Zuschlagserteilung sind die Bieter an ihre Angebote gebunden. Änderungen der Beschaffungspreise während dieses Zeitraums stellen für die Bieter ein finanzielles Risiko dar, welches regelmäßig durch Aufschläge auf den Angebotspreis ausgeglichen wird. Um ein möglichst günstiges Angebot zu erhalten, ist es daher erforderlich, die Bindefrist für die Bieter im Rahmen der vergaberechtlichen Vorgaben so kurz wie möglich zu halten. Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots durch die ausschreibende Stelle erfolgt ausschließlich anhand der in den Vergabeunterlagen enthaltenen Zuschlagskriterien. Ein Ermessensspielraum besteht nicht. Insofern sollte der lediglich formale Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot von der ausschreibenden Stelle erteilt werden können.

Der Gemeinderat ist nach Zuschlagserteilung entsprechend zu informieren.

AZ 8610
Bauamt

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

273 22 **Bekanntgaben**

Straßensanierung Ringstraße; Sachstandsbericht

Der Bürgermeister gibt den derzeitigen Sachstand zur Sanierung der Ringstraße bekannt.

In Abstimmung mit den Stadtwerken München und der GEOVOL Unterföhring GmbH wurden vor Sanierung der Ringstraße folgende Arbeiten ausgeführt:

- Erneuerung der Wasserversorgungsleitungen durch die Stadtwerke München,
- Verlegung von GEOVOL-Fernwärmeleitungen.

Vorgenannte Arbeiten wurden im August 2015 abgeschlossen.

Derzeit werden folgende Arbeiten durchgeführt:

- Abbau der Stromdachträger und Verlegung der Stromleitungen ins Erdreich, Neuverlegung der Straßenbeleuchtungskabel und anschließend Setzen der Masten
- Nachdem der bituminöse Straßenbelag entfernt wurde, werden zurzeit die Versickerungseinrichtungen und Sinkkästen gebaut.

Im Anschluss daran werden für die Straßeneinfassung Randsteine gesetzt. Daraufhin erfolgen die Ergänzung der Kiestragschicht (Planie) und das Aufbringen der bituminösen Tragschicht. Nachdem die Flächenpflasterung für die Parkflächen vorgenommen wurde erfolgt die bituminöse Deckschicht. Im Zuge der vorgenannten Arbeiten werden durch die Stadtentwässerungswerke München die bestehenden Schmutzwasserleitungen grabenlos, von den bestehenden Revisionsschächten aus, saniert.

Nach Bauzeitenplan werden die Straßensanierungsarbeiten voraussichtlich zum 30. November 2015 beendet.

AZ 6312
Bauamt

Ortsrandeingrünung am Etzweg; Sachstandsbericht

Der Bürgermeister gibt den derzeitigen Sachstand zur Ortsrandeingrünung am Etzweg bekannt.

Momentan erfolgt die Ausschreibung der Ingenieurleistungen (VOF-Verfahren). Als Eingang aller Angebote ist der 07.10.2015 festgesetzt. Laut

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Vergaberecht müssen im Anschluss daran folgende Termine eingehalten werden:

- am 04.11.2015, (nach 28 Tagen) beginnt die Auswertung der Runde 1,
- am 25.11.2015, (nach 21 Tagen) erfolgt die Angebotsbearbeitung der Bieter in Runde 2,
- am 30.11.2015, (nach fünf Tagen), erhalten die ausgewählten Bieter die Möglichkeit ihre Angebote in einer Präsentation dem ausgewählten Gremium (aus jeder Fraktion ein Teilnehmer) vorzustellen,
- bis 21.12.2015 (21 Tage) Auswertung der Runde 2 und Entscheidung des zu beauftragenden Ingenieurbüros.

Im Frühjahr 2016 erfolgt die Ausschreibung der Bauleistungen durch das beauftragte Ingenieurbüro. Die Ausführung der Leistungen erfolgen dann im Anschluss, in 2015, die Anpflanzungen voraussichtlich im Frühjahr 2017.

AZ 6317
Bauamt

Anfragen

Das Gemeinderatsmitglied Herr Läßing merkt an, dass er Veränderungen hinsichtlich der neuen Anbindung an der Autobahn A99 feststellen musste. Herr Läßing führt an, dass nordöstlich des Feringasees (zwischen Erlbachstraße und der Autobahn) ein Kiesabbau für den Autobahnbau erfolgt ist. Hierbei sei ein künstlicher See geschaffen worden. Der Kiesabbau auf Unterföhringer Flur sei so jedoch nicht gewollt. Hierbei heißt es, dass der See ein Biotop werden soll. Herr Läßing fragt an, ob die Planungshoheit der Gemeinde gewahrt wurde? Ob es eine Genehmigung für eine solche Umweltverschandelung gibt?

Der Bauamtsleiter der Gemeinde Unterföhring, Herr Kapfenberger, erinnert daran, dass es einen Planfeststellungsbeschluss aufgrund eines Planfeststellungsverfahrens gibt. Die Regierung von Oberbayern hat zu diesem Thema entschieden. Die im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland befindlichen Flächen (ca. 4ha) dürfen demnach für die Auskiesung und für den Abbau genutzt werden.

19. Sitzung des Gemeinderates vom 17.09.2015

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22:15 Uhr die heutige öffentliche Sitzung und wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und guten Nachhauseweg.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer